

Schweiz bei MDGs gefordert

Die Schweiz hat zwar einiges für die Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) unternommen. So investiert sie mehr als andere Länder in die ländliche Entwicklung und trägt so zur Bekämpfung des Hungers bei. Ihre Zusammenarbeit mit lokalen Behörden und der Zivilgesellschaft führt zu Erfolgen, wie das Beispiel Wassersektor zeigt. Trotzdem fällt die Zwischenbilanz gemischt aus.

Die Schweiz hat ihre Entwicklungszusammenarbeit nur minimal erhöht. 2000 lag sie bei 0,34% des Bruttonationaleinkommens (BNE). Ohne mitgerechnete Ausgaben für Asylsuchende im Inland und Schuldenerlasse wäre die Schweiz 2009 nur bei 0,36% angelangt. Zudem reserviert die Schweiz seit Jahren bloss ein Viertel der gesamten Hilfe für die ärmsten Länder.

In der entwicklungspolitischen Kohärenz bewegte sich wenig bis nichts. Auf multilateraler und bilateraler Ebene verteidigt die Schweiz nach wie vor ihre Wirtschaftsinteressen ohne Rücksicht auf die Entwicklungsländer. Beim Patentschutz behindert sie den Zugang zu Arzneimitteln und schränkt Kleinbauern bei der Nutzung von Saatgut ein. Sie verlangt die Liberalisierung des Handels mit Industriegütern und ignoriert dabei die grosse Bedeutung der Importzölle für Entwicklungsländer, die Mittel für die Armutsbekämpfung generieren und den Aufbau von nationalen Industrien fördern. Bei den jüngsten Fortschritten in der internationalen Steuerpolitik der Schweiz (Amtshilfe, Informationsaustausch) müssen die Entwicklungsländer hinten anstehen. Sie verlieren wegen Steuerflucht und Steuerhinterziehung weiterhin Einnahmen in Milliardenhöhe.

Um einen gezielten Beitrag im Schlusspurt der MDGs zu leisten, muss die Schweiz ihre Anstrengungen noch deutlich verstärken. Vordringlich ist eine rasche Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit auf 0,5 Prozent des BNE. Die zusätzlichen Mittel sollten gezielt zugunsten der ärmsten Länder und der benachteiligsten Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden. Zweitens sind rasche Massnahmen nötig, um die entwicklungspolitische Kohärenz zu verbessern. Insbesondere muss die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern in Steuerfragen verbessert und die Steuerhinterziehung durch reiche Einzelpersonen und Konzerne bekämpft werden. Drittens gehört die Verwirklichung der Menschenrechte ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit, aber auch der Politik der Schweiz in multilateralen Organisationen und bei internationalen und bilateralen Verhandlungen.

Michèle Laubscher*

*Auszug aus einem Artikel im Magazin „GLOBAL+“ (Nr. 38) von Michèle Laubscher, zuständig für den Bereich Entwicklungszusammenarbeit bei Alliance Sud.